

Neues aus dem Landtag - 2020 KW 19

Liebe Leserinnen und Leser,



Susann Enders, MdL

wir befinden uns an einem Wendepunkt in der Corona-Krise. Die Bayerische Staatsregierung hat die Ausgangsbeschränkungen zum 6. Mai aufgehoben und weitreichende Lockerungen verkündet: Kinder kommen nach und nach wieder in die Schule, Gastronomie und Hotellerie öffnen in Schritten und auch kontaktfreier Individualsport ist draußen wieder möglich. Alle diese Forderungen hatten wir **FREIE WÄHLER** bereits über Ostern in unserem Drei-Phasen-Strategiepapier zur Beendigung des Corona-Ausnahmestands ausgetüftelt und veröffentlicht. Nach und nach kehren wir so wieder zu unserem normalen Leben zurück. Nichtsdestotrotz gelten die Kontaktbeschränkungen weiter: 1,5 Meter Mindestabstand und Maskenpflicht in allen Geschäften sowie im ÖPNV sind weiterhin verpflichtend für alle Bürgerinnen und Bürger - der Schutz des eigenen Lebens und das Anderer bleibt oberstes Gebot.

Wir **FREIE WÄHLER** finden, dafür kann ein jeder schon mal kurzzeitig eine Maske tragen.

Rückblick

Beschäftigt hat uns diese Woche im Landtag, wie wir die bayerische Wirtschaft zukunftsfähig machen. Denn wir **FREIE WÄHLER** wollen die Corona-Krise entschlossen nutzen, um Bayerns Wirtschaft innovativ umzubauen und damit für zukünftige Herausforderungen zu wappnen. Ziel: Ökoinnovationen, Klimaschutz und Digitalisierung. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger arbeitet in der Bayernkoalition längst an einem Konjunkturprogramm, mit dem die Nachfrage nach innovativen, umwelt- und klimafreundlichen Produkten sowie Dienstleistungen gesteigert und damit insbesondere dem bayerischen Mittelstand ein kraftvoller Schub verliehen wird. Zusätzlich zum Konjunkturpaket ist es unser Ziel, die Digitalisierung auszubauen sowie den Binnenmarkt anzukurbeln. Unsere Transformation der Wirtschaft nimmt nicht nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Blick, sondern auch die Finanzpolitik: Nur ein zahlungskräftiger Staat, der seine Steuereinnahmen stets im Blick hat und nachhaltig wirtschaftet, kann Bevölkerung und Wirtschaft in der Krise unter die Arme greifen.

Als richtiges Signal zur rechten Zeit hat sich das Corona-Sofort-hilfeprogramm des Wirtschaftsministeriums herausgestellt. **FREIE WÄHLER-Staatsminister Hubert Aiwanger stellte im Wirtschaftsausschuss die Bilanz des von ihm aufgestellten Programms vor: Mehr als 300.000 Antragsteller haben die Soforthilfe des Freistaats beantragt und mehr als 1,4 Milliarden Euro**

wurden an Bayerns Unternehmer bereits ausgezahlt. Es ist dem schnellen und vorausschauenden Handeln unseres Wirtschaftsministers zu verdanken, dass Unternehmen in Bayern als erste in Deutschland von diesen Hilfen profitieren konnten. Durch das umfangreiche Hilfsprogramm – darunter auch ein erweiterter Bürgschaftsrahmen für die LfA mit einer Haftungsfreistellung durch den Freistaat in Höhe von mittlerweile bis zu 100 Prozent sowie das Gesetz über einen 20 Milliarden schweren Bayernfonds – versetzen wir bayerische Betriebe für die Zeit nach Corona in die bestmögliche Startposition. Unser Signal: Die Wirtschaft im Freistaat kann sich auch in herausfordernden Zeiten auf die Bayernkoalition verlassen.



Weiteres Thema war, wie wir das **Orientierungspraktikum für angehende Lehrer weiterentwickeln, um die Studienabbruchquote zu senken**. Denn der Lehrerberuf ist nach wie vor eine attraktive Wahl – ein erfreulicher Trend, den wir **FREIE WÄHLER** gerne unterstützen. Ziel ist, Bayerns Schülerinnen und Schüler stets beste Bildung zu ermöglichen. Dafür benötigen wir in Bayern motivierte, aber auch geeignete Lehrkräfte. Denn nicht jeder Mensch ist für den Beruf des Lehrers geeignet, nicht jeder hält dem Stress stand und nicht jeder steht gerne täglich vor knapp 30 pubertierenden Jugendlichen und trägt für deren Entwicklung die Verantwortung. Umso wichtiger ist es, dass junge, am Lehramt interessierte Menschen sich im Rahmen eines Praktikums bereits frühzeitig ein Bild davon machen können, was sie später einmal erwartet. Aus unserer Sicht bietet gerade dieses Praktikum – eben da es so frühzeitig absolviert wird – die besten Chancen, um die richtigen Weichen für die Studienwahl zu stellen.

Beunruhigt hat uns diese Woche die **Vorstellung der Ergebnisse des Verfassungsschutzberichts**. Denn Rechtsextreme organisieren sich verstärkt dezentral und gerade in Zeiten des Coronavirus offenbart sich das explosive Potential von Online-Extremisten. **Der Bericht legt deutlich offen, dass der Rechtsextremismus derzeit die größte Bedrohung für die Innere Sicherheit in Bayern ist**. Oberstes Gebot der Stunde ist deshalb, rechtem Terror und hassmotivierter Hetze den Nährboden zu entziehen. Das Problem dabei: Rechtsextremisten organisieren sich nicht mehr klassisch in Gruppen oder Parteien, sondern verstärkt in dezentralen Strukturen wie Sozialen Medien, die vom Verfassungsschutz schwieriger zu überwachen sind. Denn hassmotivierte Hetze, Fake News, Beleidigungen oder gar Bedrohungen können in den sozialen Netzwerken anonym geäußert werden – und bleiben deshalb meist bestraflos. Konsequente Strafverfolgung durch die Sicherheitsbehörden ist – neben einer fundierten Demokratieerziehung in den Schulen – nach wie vor der beste Weg, um demokratiefeindlichen Phänomenen Herr zu werden.

Am 8. Mai 2020 jährte sich das Ende des Zweiten Weltkriegs. Vor 75 Jahren erklärte Nazi-Deutschland seine bedingungslose Kapitulation. In Europa endete damit auch eine Zeit der Verwüstung, die mit Hitlers Machtergreifung 1933 und dem verbrecherischen Einmarsch Deutschlands in Polen am 1. September 1939 begonnen hatte. Die meisten Deutschen empfanden den Zusammen-

bruch der NS-Diktatur zudem als schwere Niederlage und es dauerte vier Jahrzehnte, bis der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker diese Sichtweise durch eine historische Rede im Deutschen Bundestag ändern konnte. Von Weizsäcker sagte wörtlich: **„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“** Von Weizsäcker betonte jedoch auch, dass es keine Kollektivschuld gibt, sondern Schuld stets eine persönliche ist. Wir Nachgeborene tragen deshalb eine besondere moralische Verantwortung dafür, dass sich Weltkrieg und Holocaust niemals wiederholen werden. Wir müssen den Ursachen der deutschen Katastrophe in aller Entschiedenheit entgentreten – unabhängig davon, ob sie uns in Form von Rassismus, Antisemitismus oder Menschenhass begegnen. Das sind wir den Opfern des NS-Wahns schuldig – auch und gerade unseren Befreiern.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme Woche.

Susann Enders, MdL

**Gesundheitspolitische Sprecherin
Sprecherin für Soziales, Familie und Barrierefreiheit
Vorsitzende des Freie Wähler AK Gesellschaft**

FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Abgeordnetenbüro
Greitherstraße 15
82362 Weilheim

Tel.: +49 (0) 881 / 927 801 00

Fax: +49 (0) 881 / 927 801 09

abgeordnetenbuero.enders@fw-landtag.de
<https://susann-enders.de/>